

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Juni 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Förderung und Schutz deutscher Kapitalanlagen im Ausland.

B. Lösung

Bilaterale Vereinbarungen zum Schutz von Auslandsinvestitionen auf völkerrechtlicher Basis.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (42) — 651 09 — Ka 27/78

Bonn, den 25. April 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Juni 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 457. Sitzung am 21. April 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Juni 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 28. Juni 1977 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 28. Juni 1977 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, soweit diese sich auf

die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Mali
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République du Mali
relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle
des investissements de capitaux

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Mali —

La République fédérale d'Allemagne
et
la République du Mali,

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit
zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

DESIREUSES d'approfondir la coopération économique
entre les deux États,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapi-
talanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften
des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates
zu schaffen, und

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'in-
vestissement de capitaux par des ressortissants ou des
sociétés de l'un des deux États sur le territoire de
l'autre État et

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein
vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen für den Wohl-
stand beider Völker notwendig sind —

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une pro-
tection contractuelle de ces investissements sont néces-
saires à la prospérité des deux nations,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte
jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen
Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypo-
theken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten
von Beteiligungen;
 - c) Ansprüche auf Geld oder auf Leistungen, die einen
wirtschaftlichen Wert haben und nach Zweck und
Umfang den Charakter einer Beteiligung haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums,
technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsna-
men, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich
Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte
angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalan-
lage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge,
die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeit-
raum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz-
oder andere Gebühren entfallen;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Republik Mali:
Maliern im Sinne des malischen Staatsangehörig-
keitsgesetzes;

Article 1^{er}

Aux fins du présent Traité

1. le terme «investissement» comprend toutes les caté-
gories de biens, notamment
 - a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi
que tous autres droits réels tels qu'hypothèques
et droits de gage;
 - b) les droits de participation à des sociétés et autres
sortes de participations;
 - c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des
prestations présentant une valeur économique et
revêtant, de par leur but et leur importance, le
caractère d'une participation;
 - d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle,
procédés techniques, marques de commerce, noms
commerciaux, le savoir-faire et le survaloir;
 - e) les concessions de droit public, y compris les con-
cessions de prospection et d'exploitation;les modifications de la forme sous laquelle des biens
sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investis-
sement;
2. on entend par «produits» les montants versés à titre
de bénéfices, de dividendes, d'intérêts, de droits de
licence ou autres sur des investissements pour une
période déterminée;
3. on entend par «ressortissants»
 - a) en ce qui concerne la République du Mali:
les Maliens selon le Code de la Nationalité ma-
lienne;

- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Republik Mali:

jede juristische Person, jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit Rechtspersönlichkeit, die nach den Gesetzen der Republik Mali besteht;

- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlage in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

(3) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer

- b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;

4. on entend par «sociétés»

- a) en ce qui concerne la République du Mali:

toute personne morale, toute société de commerce ou autre société ou association ayant une personnalité juridique constituée conformément à la législation de la République du Mali;

- b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège dans le champ d'application allemand du présent Traité et constituée légalement en conformité avec la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 2

Chaque Partie contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admettra ces investissements en conformité avec sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 3

(1) Aucune Partie contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'États tiers.

(2) Aucune Partie contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'États tiers.

Article 4

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les investissements de capitaux de ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante ne pourront faire l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, d'une expropriation, nationalisation ou d'autres mesures dont les effets seraient équivalents à celles d'une expropriation ou d'une nationalisation, que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation ou la nationalisation a été rendue publique. L'indemnité devra correspondre à la valeur qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation ou la nationalisation a été rendue publique. L'indemnité devra être versée sans délai et produire, jusqu'à la date du versement, des intérêts calculés selon les usages bancaires; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationali-

Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei bei Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- und anderen Gebühren für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d definierten Rechte;
- e) des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Eine Vertragspartei kann ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei leisten. In diesem Fall erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet etwaiger Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die letztere ist berechtigt, die ihr übertragenen Rechte oder Ansprüche unter denselben Bedingungen wie die betreffenden Staatsangehörigen oder Gesellschaften auszuüben. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 unverzüglich in der vereinbarten Währung zum jeweiligen Tageskurs für laufende Geschäfte.

(2) Dieser Kurs muß mit den hierfür einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds im Einklang stehen. Im Zweifel ist der Kurs aus denjenigen

sation ou de l'exécution de mesures comparables, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures comparables et le montant de l'indemnité devront être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en cas de restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des versements effectués en connexion avec un investissement, notamment

- a) du capital et des montants additionnels destinés au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) des produits;
- c) des versements destinés au remboursement d'emprunts;
- d) des droits de licence et autres au titre des droits définis à l'alinéa d du paragraphe 1 de l'article 1er ci-dessus;
- e) du produit de la liquidation en cas d'alinéation totale ou partielle de l'investissement.

Article 6

Une Partie contractante pourra, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, effectuer des versements à ses propres ressortissants ou sociétés. Dans ce cas l'autre Partie contractante, sans préjudice des droits de la première Partie contractante pouvant découler de l'article 10 ci-dessous, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie contractante. Cette dernière sera autorisée à exercer les droits et revendications qui lui auront été transmis dans les mêmes conditions que le ressortissant ou la société concernée. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 ci-dessus sont applicables mutatis mutandis.

Article 7

(1) Pour autant que les intéressés n'aient pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les Autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 ou de l'article 6 ci-dessus seront effectués sans délai dans la monnaie convenue et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Ce cours devra être en conformité avec les dispositions pertinentes du Fonds Monétaire International. En cas de doute, ce cours sera calculé à partir des cours

Umrechnungskursen zu ermitteln, welche der Internationale Währungsfonds anwenden würde, wenn er zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen von Sonderziehungsrechten in die Währungen der beteiligten Länder vornehmen würde.

(3) Sind die Bestimmungen des Absatzes 2 in bezug auf eine Vertragspartei nicht anwendbar, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei im Verhältnis zu einer anderen frei konvertierbaren Währung festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so wird ein Umrechnungskurs zugelassen, der gerecht und billig ist.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so wird im Rahmen des vorliegenden Vertrags nach dieser Regelung verfahren.

(2) Gewährt eine allgemeine oder besondere Regelung, die sich aus einer internationalen Übereinkunft ergibt, der beide Vertragsparteien angehören, eine günstigere Behandlung als die in diesem Vertrag vorgesehene, so wird diese Regelung angewandt.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

de change qu'appliquerait le Fonds Monétaire International s'il procédait à des conversions à la date du versement de droits de tirage spéciaux dans les monnaies des pays intéressés.

(3) Si les dispositions du paragraphe 2 ne sont pas applicables à l'une des Parties contractantes, sera appliqué le cours officiel fixé par cette Partie contractante par rapport à une autre monnaie librement convertible. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, on admettra un cours de change juste et équitable.

Article 8

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties contractantes une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissantes ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation s'exercera dans le cadre du présent Traité.

(2) Dans le cas où une réglementation générale ou particulière résultant d'une convention internationale à laquelle les deux Parties contractantes auraient adhéré, accorderait un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation s'appliquerait.

Article 9

Le présent Traité sera applicable aux investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes auront, en conformité avec la législation de l'autre Partie contractante, effectués sur le territoire de cette dernière avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou l'application du présent Traité seront réglés par voie de négociations entre les Gouvernements des deux Parties contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur la demande de l'une des deux Parties contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il appartiendrait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen, auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Mali innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bamako ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten der Vertrag und das Protokoll, das Bestandteil des Vertrages ist, noch für weitere zehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

GESCHEHEN zu Bonn am 28. Juni 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage pourra fixer un autre règlement concernant les dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage réglera lui-même sa procédure.

Article 11

Le présent Traité restera en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du Droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que des relations diplomatiques existent ou non.

Article 12

A l'exception des dispositions du numéro 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République du Mali dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des Instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Bamako.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des Instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties contractantes sous réserve d'un préavis de douze mois. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les dispositions du présent Traité et du Protocole en faisant partie intégrante resteront encore applicables pendant dix ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Bonn, le 28 juin 1977, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
G e n s c h e r

Für die Republik Mali
Pour la République du Mali
L a m i n e K e i t a

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteil des Vertrages gelten:

(1) Zu Artikel 1

Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.
- b) Dieser Vertrag findet nur auf solche Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Mali Anwendung, die nach den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften über ausländische Kapitalanlagen schriftlich genehmigt worden sind. Die malische Regierung wird entsprechende Anträge wohlwollend prüfen.
- c) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer Volkswirtschaft in Fällen, die nicht durch diesen Vertrag und dieses Protokoll gedeckt sind, bei der Genehmigung einer von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommenen Kapitalanlage mit diesen in der Genehmigungsurkunde besondere Bedingungen über den Transfer des Ertrags des investierten Kapitals und für den Fall der Liquidation des Liquidationserlöses vereinbaren.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei anzusehen, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage erfolgt. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist jede diskriminierende Maßnahme, insbesondere die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, und die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland anzusehen. Generelle Maßnahmen, die aus Gründen der Sicherheit und Ordnung, der Gesundheit, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Ver-

Protocole

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Mali, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme faisant partie intégrante du Traité:

(1) Ad article 1^{er}

Les produits de l'investissement, et en cas de réinvestissement les produits de leur réinvestissement, jouissent de la même protection que l'investissement.

(2) Ad article 2

- a) Les investissements effectués en conformité avec la législation de l'une des Parties contractantes dans le champ d'application de son droit par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, jouissent de l'entière protection du présent Traité.
- b) N'entrent dans le champ d'application du présent Traité que les investissements sur le territoire de la République du Mali qui auront fait l'objet d'un agrément écrit conformément aux lois et règlements en vigueur en matière d'investissements étrangers. Le gouvernement malien examinera avec bienveillance de telles demandes d'agrément.
- c) Chaque Partie contractante pourra dans l'intérêt de son économie nationale et pour les cas qui n'auront pas été couverts dans le présent Traité et ce Protocole lors de l'admission d'un investissement effectué par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante convenir avec ceux-ci dans l'acte d'admission des conditions spéciales concernant le transfert du produit du capital investi et en cas de liquidation du produit de la liquidation.

(3) Ad article 3

- a) Seront considérés comme «activité» au sens du paragraphe 2 de l'article 3 l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement conformément à la législation de la Partie où se situe l'investissement. Sera considéré comme «traitement moins favorable» au sens du paragraphe 2 de l'article 3, toute mesure discriminatoire concernant notamment la restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre et l'entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger. Les mesures générales prises pour des raisons de sécurité, d'ordre, de santé, du maintien de l'ordre public, et de moralité ne sont pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 3.
- b) Les Parties contractantes examineront avec bienveillance dans le cadre de leur législation interne, les demandes d'entrée et d'autorisation de séjour introduites par des personnes d'une Partie contractante qui désirent entrer dans le territoire de l'autre Partie contractante en relation avec un investissement de capital et sa mise en œuvre; il en sera de même pour les travailleurs d'une Partie contractante qui désirent, en relation avec un investissement, entrer dans le territoire de

tragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage werden wohlwollend geprüft.

- c) Werden staatlichen Gesellschaften oder Unternehmen Erleichterungen zur Erfüllung der ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben gewährt, so bleibt Artikel 3 Absatz 2 unberührt.

(4) Zu Artikel 4

Unter „Enteignung“ ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in bezug auf Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

- (7) Bei der Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

l'autre Partie contractante et y séjourner en vue d'exercer une activité rémunérée. Les demandes de permis de travail en relation avec un investissement seront également examinées avec bienveillance.

- c) Il n'y aura pas atteinte à l'alinéa 2 de l'article 3, si des facilités sont accordées à des sociétés ou entreprises d'État dans le but d'atteindre les objectifs publics qui leur sont assignés.

(4) Ad article 4

On entend par «expropriation» le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

(5) Ad article 7

Est considéré comme effectué «sans délai» au sens du paragraphe 1 de l'article 7, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une demande y afférente et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Ad article 8

Chaque Partie contractante respectera toute autre obligation dont elle aura convenue avec des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante relativement à des investissements sur son territoire.

- (7) En cas de transport de biens ou de personnes en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux, les Parties contractantes n'exclueront pas et n'entraveront pas les entreprises de transport de l'autre Partie contractante et, en cas de besoin, accorderont les autorisations nécessaires aux transports.

Cette disposition s'applique aux transports

- a) de biens qui sont destinés directement à un investissement de capital au sens du présent Traité ou qui sont achetés sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle des fonds au sens du présent Traité sont investis;
- b) de personnes qui effectuent des voyages en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux.

GESCHEHEN zu Bonn am 28. Juni 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn, le 28 juin 1977, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
G e n s c h e r

Für die Republik Mali
Pour la République du Mali
Lamine Keita

Der Minister für
industrielle Entwicklung
und Tourismus
der Republik Mali

Le Ministre du Développement Industriel
et du Tourisme de la République du Mali

Bonn, den 28. Juni 1977

Bonn, le 28 juin 1977

Exzellenz,

unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen eine Zusatzvereinbarung über folgenden Punkt getroffen wurde:

Die Regierung der Republik Mali wird zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften im Hoheitsgebiet der Republik Mali den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lamine Keita

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 28. Juni 1977

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen eine Zusatzvereinbarung über folgenden Punkt getroffen wurde:

Zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften im Hoheitsgebiet der Republik Mali wird die Regierung der Republik Mali den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

Seiner Exzellenz
dem Minister für industrielle Entwicklung
und Tourismus
der Republik Mali
Herrn Lamine Keita

Excellence,

me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Mali relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Dans le but d'encourager les investissements de capitaux par des ressortissants et sociétés allemands dans le territoire de la République du Mali, le Gouvernement de la République du Mali appliquera les dispositions du Traité de façon provisoire à partir de la date de la signature.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

Lamine Keita

Son Excellence
le Ministre fédéral
des Affaires étrangères
de la République fédérale
d'Allemagne
Monsieur Hans-Dietrich Genscher

Le Ministre fédéral des Affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne

Bonn, le 28 juin 1977

Excellence,

j'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour rédigée comme suit:

«me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Mali relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Dans le but d'encourager les investissements de capitaux par des ressortissants et sociétés allemands dans le territoire de la République du Mali, le Gouvernement de la République du Mali appliquera les dispositions du Traité de façon provisoire à partir de la date de la signature.»

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

Genscher

Son Excellence
le Ministre du Développement
Industriel et du Tourisme
de la République du Mali
Monsieur Lamine Keita

Denkschrift zum Vertrag**I. Allgemeines**

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt es Garantien, Steuervergünstigungen und Kredite. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und der Intensivierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen Partnerländern.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird, und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach kann der Bund zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-malische Vertrag vom 28. Juni 1977 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesregierung abgeschlossenen Freundschaft-, Handels- und Schiffsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigelegt:

Zu Artikel 1

In Artikel 1 werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ definiert. Nummer 1 des Protokolls stellt klar, daß Erträge aus den Kapitalanlagen und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge den gleichen Schutz wie die ursprünglichen Kapitalanlagen genießen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält den Grundsatz, daß Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei durch die andere Vertragspartei gefördert werden und gerecht und billig zu behandeln sind. Nach Nummer 2 Buchstabe b des Protokolls findet der Vertrag auf deutsche Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Mali nur Anwendung, wenn sie schriftlich genehmigt worden sind.

Nummer 2 Buchstabe c des Protokolls erlaubt, daß das Anlageland vor Einbringen einer Kapitalanlage Abweichungen von Artikel 2 in der Genehmigungsurkunde festlegt.

Zu Artikel 3

Artikel 3 verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen. Die Bestimmungen des Artikels 3 finden laut Protokollnummer 3 Buchstabe c auf Erleichterungen, die staatlichen Gesellschaften oder Unternehmen zur Erfüllung der ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben gewährt werden, keine Anwendung.

Zu Artikel 4

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zulässig im allgemeinen Interesse und gegen Zahlung einer Entschädigung, die dem Wert der Kapitalanlagen im Zeitpunkt der Enteignung entspricht und ohne Einschränkung und unverzüglich in konvertierbarer Währung zahlbar und transferierbar sein muß. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter Enteignung ist die Entziehung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

Soweit Kapitalanlagen infolge Krieg oder sonstiger bewaffneter Auseinandersetzung, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr Verluste erleiden, werden die Geschädigten hinsichtlich aller Entschädigungen nicht weniger günstig behandelt als die eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

Artikel 4 Abs. 4 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 5

Artikel 5 gewährleistet den freien Transfer von Kapital, Erträgen und weiteren Beträgen, die für die

Erhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage erforderlich sind, Lizenz- und anderen Gebühren aus Immaterialgüterrechten und von Liquidationserlösen.

Für den Transfer der Erträge und des Liquidationserlöses können besondere Bedingungen in der Genehmigungsurkunde vereinbart werden.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Artikels 6 trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Republik Mali vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Die Bestimmungen des Artikels 4 Abs. 2 und 3 und des Artikels 5 über den Transfer finden auf Zahlungen, die auf Grund übertragener Rechte und Ansprüche zu leisten sind, Anwendung.

Zu Artikel 7

Artikel 7 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich in der vereinbarten Währung und zu dem für laufende Geschäfte am Tag des Transfers gültigen Kurs zu erfolgen haben. Protokollnummer 5 bestimmt die unter dem Ausdruck „unverzüglich“ zu verstehenden Fristen.

Zu Artikel 8

Nach Artikel 8 und der dazugehörigen Protokollnummer 6 gehen günstigere Regelungen, die eine Vertragspartei in Bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, den Bestimmungen des Vertrages vor; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für Kapitalanlagen, die schon vor dem Inkrafttreten vorgenommen worden sind, sofern sie

entsprechend den jeweils geltenden Rechtsvorschriften zugelassen worden sind.

Zu Artikel 10

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Zu Artikel 11

Nach Artikel 11 gelten die Bestimmungen des Vertrages unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Zu Artikel 12

Der Artikel 12 enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre, eine automatische Verlängerung auf unbegrenzte Zeit ist vorgesehen, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von 12 Monaten schriftlich kündigt. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt sieben Nummern Erläuterungen und bindende Auslegungen zu dem Vertrag. Abgesehen von den unter den Artikeln 1 bis 3 und 7 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 7 eine Verpflichtung der Vertragspartner, alle Maßnahmen zu unterlassen, die geeignet sind, die Freiheit des Investors hinsichtlich der Auswahl der Transportmittel zu beschränken oder zu behindern.

Zu dem Briefwechsel

Zu dem Vertrag gehört ein Briefwechsel, gemäß dem die Republik Mali den Vertrag bereits seit der Unterzeichnung vorläufig anwendet.